

## V. Politische Parteien und „deutscher Osten“ bis 1966

Wenn trotz der ergebnislosen Debatten um eine Zentralstelle zur Erfassung von Vertriebsverbrechen und trotz der ostpolitischen Wandlungsprozesse in der Gesellschaft für die 1960er Jahre insgesamt ein sehr ambivalentes, keineswegs einfach von Verdrängung des historischen deutschen Ostens geprägtes Bild der Erinnerungskultur zu zeichnen ist, so hängt dies entscheidend mit dem Agieren der politischen Klasse zusammen<sup>1</sup>. Sämtliche im Bundestag vertretenen Parteien rangen zwar mehr oder minder gemeinsam darum, einen neuen Weg deutscher Ostpolitik im Rahmen der international einsetzenden Détente zu finden; aber fast bis ans Ende des Jahrzehnts hielten sie zumindest deklamatorisch auch am Rechtstitel der Grenzen von 1937 fest. So hatte die Erinnerung an den – vermeintlich noch nicht definitiv verlorenen – deutschen Osten nach wie vor offiziellen Charakter. Allerdings ist der Umgang der Parteien mit den heimatpolitischen Zielsetzungen der Vertriebenenverbände auch ein besonders drastisches Beispiel für das Maß an Unaufrichtigkeit, das in den auf Stimmenmaximierung bei der jeweils nächsten Wahl fixierten demokratischen Systemen den gesellschaftlichen Diskurs nur zu oft bestimmt<sup>2</sup>. Es sei denn, man deutet das Taktieren der Parteien als Ausdruck staatspolitischer Vernunft: Den Vertriebenenverbänden schon zu einem Zeitpunkt, als ihre soziale Integration noch nicht weit vorangekommen war, die ganze, bittere Wahrheit zuzumuten, hätte das Risiko nationalistischer Radikalisierung heraufbeschworen. Wie immer die Motive im einzelnen lagen – die vertriebenenpolitischen Unterschiede zwischen CDU/CSU, SPD und FDP waren zumindest bis 1969 eher gradueller Natur.

Vor allem bei den Freien Demokraten hatte es indes in den Jahren nach dem Mauer-Schock bereits früh Überlegungen gegeben, im Rahmen einer neuen Ostpolitik die Oder-Neiße-Grenze „offiziell zu respektieren“<sup>3</sup>. Was der deutschland- und außenpolitische Referent der FDP, Wolfgang Schollwer, im Frühjahr 1962 noch einer „geheimen“ Denkschrift anvertraute<sup>4</sup>, wagte der Liberale Studentenbund im März 1963 auch bereits öffentlich zu fordern: Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie „als endgültige Grenze zwischen einem wiedervereinigten Deutschland und Polen“; denn ein weiteres Offenhalten der Grenzfrage, so hieß es zur Begründung in ähnlicher Argumentation wie im Tübinger Memorandum, stärke nur die DDR und rücke eine Wiedervereinigung in immer weitere Ferne<sup>5</sup>. Mit diesem „nationalen“ Argument für den Verzicht auf den deutschen Osten war eine besonders schwerwiegende Überlegung in die Diskussion gebracht, die es den Befürwortern einer Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze erlaubte, den Vorwurf des „vaterlandslosen

<sup>1</sup> Vgl. Doering-Manteuffel, „Verzicht ist Verrat“; vorzüglich auch die souveräne Darstellung von Link, Die Deutschlandpolitik der Bundesregierungen Erhard und der Großen Koalition.

<sup>2</sup> Kritisch hierzu auch Ahonen, After the expulsion, S. 179.

<sup>3</sup> Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV, Bd. 8; S. 376 ff.

<sup>4</sup> Schollwer, FDP im Wandel. Zur FDP-Deutschlandpolitik vgl. auch Siekmeier, Restauration oder Reform; Brauers, Liberale Deutschlandpolitik; Schmidt, Die FDP und die deutsche Frage.

<sup>5</sup> Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV, Bd. 9, S. 221.

Gesellen“ von sich abprallen zu lassen und an die beharrlichen Anhänger der 37er-Grenzen weiterzugeben<sup>6</sup>.

Erleichtert wurde die allmähliche, ausgesprochen konfliktreiche programmatische Neuausrichtung der FDP offensichtlich auch dadurch, daß die kleine Partei in den Führungsebenen der Landsmannschaften traditionell relativ schwach verankert war<sup>7</sup> und die prominenten FDP-Heimatvertriebenen wie Bundesfinanzminister Heinz Starke oder Erich Mende sich verbandspolitisch nicht engagierten. Besonders schwer fällt es dabei, ein angemessenes Urteil über den Oberschlesier Mende zu treffen, der als Bundesvorsitzender und zeitweilig als Vizekanzler eine der Schlüsselfiguren der FDP in den 1960er Jahren darstellte. Als Minister für gesamtdeutsche Fragen betonte er stets, sich „immer Ostdeutschland verbunden und verpflichtet“ gefühlt zu haben und verhindern zu wollen, daß „die großen geschichtlichen und kulturellen Leistungen des deutschen Ostens durch den Zeitablauf verloren gehen“<sup>8</sup>. Auch auf dem umkämpften FDP-Parteitag in Hannover 1967 schmetterte er den entschiedensten Verfechtern eines Verzichts auf die Oder-Neiße-Gebiete entgegen, daß ein Politiker nicht „20 Jahre höher werten soll als 700 Jahre Zugehörigkeit dieses Raumes zum deutschen Siedlungs- und Kulturgebiet“<sup>9</sup>.

Obschon Mende den Durchbruch einer radikal neuen Ostpolitik bis 1968 wesentlich mit verhinderte, zählte er nicht zur strikt antikommunistischen nationalliberalen Traditionskompanie um Thomas Dehler und Ernst Achenbach, die den eigentlichen Gegenpol zu der nur langsam an Einfluß gewinnenden Denkschule um Schollwer bildeten, sondern vertrat gleichsam einen dritten Weg zwischen den beiden Flügeln. Gewiß neigte der in den Volkstumskämpfen Oberschlesiens nach dem Ersten Weltkrieg politisch sozialisierte Mende seiner inneren Überzeugung nach zum nationalen Lager der Partei; doch es ist „überaus auffällig“, daß der Komplex Vertreibung und Vertriebene in seinen Memoiren „kaum eine Rolle spielt“<sup>10</sup>. Mende zeigte sich in der deutschland- und ostpolitischen Taktik stets ausgesprochen beweglich, nicht zuletzt wohl, weil er aufgrund mehrerer USA-Reisen wußte, wie wenig Priorität die Wiedervereinigung Deutschlands – gar in den Grenzen von 1937 – für die amerikanische Regierung besaß. Die von Mathias Siekmeier als innerparteilicher „Appeasement-Kurs“<sup>11</sup> bezeichnete Politik Mendes – während der Jahre als Juniorpartner in der CDU-geführten Bundesregierung Erhard strategisch noch plausibel, um die FDP halbwegs im Gleichklang mit der Union und damit an der Macht zu halten – wurde seit 1966 dem Profilierungsbedürfnis der nunmehr einzigen Oppositionspartei im Bundestag immer weniger gerecht. Dies führte schließlich „zur deutschlandpolitischen Selbstmarginalisierung“<sup>12</sup> des langjährigen FDP-Vorsitzenden.

<sup>6</sup> Vgl. dagegen die Stellungnahme Kai-Uwe von Hassels, der als Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, „dem Patenland von Pommern“, nicht zu „solch gefährlichen Äußerungen“ schweigen wollte. Es sei, so sagte er, eine Illusion zu glauben, „daß der Verzicht auf die Ostgebiete uns der Wiedervereinigung näher bringe“. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. Februar 1962.

<sup>7</sup> Zu Recht hat Stickler darauf hingewiesen, daß die FDP als wirtschaftsliberale Partei den Vertriebenen kein attraktives sozialpolitisches Programm anbieten konnte. Stickler, Ostdeutsch, S. 295.

<sup>8</sup> DOD, Nr. 5, 1964, S. 7.

<sup>9</sup> Mende, Von Wende zu Wende, S. 258.

<sup>10</sup> Stickler, Ostdeutsch, S. 295, Anmerkung 474.

<sup>11</sup> Siekmeier, Restauration oder Reform, S. 452.

<sup>12</sup> Stickler, Ostdeutsch, S. 303.

Wenn Mende konzeptionelle Armut und das Fehlen einer „zukunftsweisenden Vision“<sup>13</sup> attestiert wurden, so verweist dies auf das unaufhebbare Dilemma eines im Zeitalter der Détente agierenden Bundespolitikers, der einerseits am Primat der Westbindung festhalten, andererseits aber so viel wie möglich vom deutschen Osten retten wollte. Ein Arbeitspapier seines Gesamtdeutschen Ministeriums zur EKD-Denkschrift sprach im Frühjahr 1966 davon, daß eine Abtretung ostdeutschen Gebietes nicht notwendigerweise dem Selbstbestimmungsrecht widersprechen müsse<sup>14</sup>, verwies also auf die Möglichkeit der Rückkehr von Vertriebenen in ihre Heimat ohne Revision der faktisch bestehenden Grenzen. Doch wie schon nach einer USA-Reise 1962, als Mende auf der Linie Gräfin Dönhoffs von einer Hinnahme statt einer „förmlichen Annahme“<sup>15</sup> der Oder-Neiße-Grenze gesprochen hatte, brachte er damit nur den BdV gegen sich auf, ohne jedoch die volle Zustimmung der neuen Ostpolitiker innerhalb und außerhalb seiner Partei gewinnen zu können.

Noch vorsichtiger als die FDP tastete sich die Volkspartei SPD in Richtung Oder-Neiße-Grenze vor. Auch sie hatte im Vertriebenenmilieu ursprünglich nicht sehr tiefe Wurzeln; zu stark waren – sieht man vor allem von den traditionsreichen sudetendeutschen Sozialdemokraten einmal ab – die antikommunistischen und antisozialistischen Vorbehalte einer Mehrheit der Vertriebenen infolge des untrennbar mit der Roten Armee verknüpften Vertreibungserlebnisses<sup>16</sup>. Allerdings erleichterten sozialpolitische Berührungspunkte es der SPD nach ihrem historischen Parteitag in Bad Godesberg 1959, auf dem Weg in die Mitte und zur Regierungsfähigkeit im Bund auch das Wählerklientel der gesellschaftlich tendenziell unterprivilegierten Vertriebenen anzusprechen. Dabei ging es nicht zuletzt darum, das noch nicht definitiv geklärte Erbe des 1961 glücklos mit der Deutschen Partei fusionierenden BHE anzutreten<sup>17</sup>. Programmatisch sollte dies dadurch bewerkstelligt werden, daß die SPD nicht länger „die heimatpolitischen Anliegen der Vertriebenen zugunsten der sozialpolitischen“ vernachlässigte, sondern sich künftig speziell auch die „aktive Förderung der Erhaltung der Heimatkultur der Vertriebenen“ angelegen sein ließ<sup>18</sup>.

Vor allem die knorrige Gestalt Herbert Wehners, der sich nun zum Vertrauensmann der Vertriebenen aufbaute, wurde in landsmannschaftlichen Kreisen bald fast wie eine Ikone verehrt<sup>19</sup>. Tatsächlich legte der aus Sachsen stammende „Zuchtmeister“ der Sozialdemokratie die ganzen 1960er Jahre hindurch größten Wert auf die Feststellung, daß „deutsche Politik nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie auch vom Vertrauen unserer vertriebenen Landsleute getragen“ werde. Die SPD, so sagte Wehner etwa in einem Kommuniqué nach einer gemeinsamen Sitzung des Partei- und Fraktionsvorstandes mit führenden (sozialdemokratischen) BdV-Politikern am 22. und 23. Januar 1965, werde „das Heimatrecht,

<sup>13</sup> Ebd.

<sup>14</sup> Ebd., S. 307.

<sup>15</sup> Ebd., S. 305.

<sup>16</sup> Zum Verhältnis zwischen SPD und Vertriebenen von 1945 bis 1969 vgl. Frömel, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

<sup>17</sup> Zum BHE siehe Neumann, Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten. Zu den Versuchen Herbert Wehners, neben dem Wählerpotential des hessischen auch das des bayerischen BHE für die SPD zu gewinnen, vgl. die Erinnerungen des sudetendeutschen Sozialdemokraten Reitzner, Das Paradies läßt auf sich warten, S. 172.

<sup>18</sup> Stickler, Ostdeutsch, S. 240.

<sup>19</sup> Vgl. etwa die Eloge des BdV anlässlich der Ernennung Wehners, dieses, wie es hieß, engen Freundes von Kurt Schumacher und Wenzel Jaksch, zum Minister für gesamtdeutsche Fragen 1966. Stickler, Ostdeutsch, S. 254 f. Vgl. auch Ahonen, After the expulsion, S. 176.

das Selbstbestimmungsrecht und den deutschen Rechtsstandpunkt in Grenzfragen überall und immer vertreten“<sup>20</sup>. SPD-Parteijournalisten, die ohne seine Genehmigung kritisch über die Vertriebenenverbände berichteten, drohte Wehner mit fristloser Kündigung<sup>21</sup>. Um die ostpolitische Position der SPD auch optisch wahrnehmbar zu machen, tagte der Karlsruher Parteitag 1964 unter einer riesigen Karte des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 und dem Motto: „Erbe und Auftrag“<sup>22</sup>.

Im Vorjahr, 1963, hatten Erich Ollenhauer, Willy Brandt und Herbert Wehner zudem eine warmherzige Grußbotschaft an die in Köln versammelten Schlesier gerichtet, in der es hieß: „Breslau, Oppeln, Gleiwitz, Hirschberg, Glogau, Grünberg – das sind nicht nur Namen – das sind lebendige Erinnerungen, die in den Seelen von Generationen verwurzelt sind und unaufhörlich an unser Gewissen klopfen. Verzicht ist Verrat! Wer wollte das bestreiten. [...] Das Recht auf Heimat kann man nicht für ein Linsengericht verhökern. [...] Das Kreuz der Vertreibung muß das ganze Volk mittragen“<sup>23</sup>. Darüber hinaus betonte die SPD seit ihrer Begegnung mit dem Bundesvorstand der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Bergneustadt am 22. Januar 1961: das rechtliche Fortbestehen Deutschlands in den Grenzen von 1937 schließe „das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen“ nicht aus. Deren Vertreibung müsse ebenfalls durch eine „Rückkehr der Vertriebenen“ wiedergutmacht werden, „ohne daß anderen Menschen aufs neue Unrecht geschieht“<sup>24</sup>. Das steigende Ansehen der SPD bei den Vertriebenen trug dazu bei, daß die BdV-Vorsitzenden der Jahre 1964–66 bzw. 1967–70 Wenzel Jaksch und Reinhold Rehs oder der BdV-Vizepräsident Herbert Hupka (ab 1970) sich aus den Reihen der Sozialdemokratie rekrutierten.

Tatsächlich jedoch war die Haltung der SPD-Führung gegenüber den Vertriebenenverbänden „trotz der nach außen zur Schau getragenen Politik des Schulterschlusses“ zwispältig und „von (wahl-)taktischen Überlegungen bestimmt“<sup>25</sup>. Dies zeigt etwa Egon Bahrs berühmte Rede vor der Evangelischen Akademie Tutzing im Juli 1963, wo zwar ein weitreichender deutschlandpolitischer „Wandel durch Annäherung“ an die DDR und den Ostblock konzipiert wurde, jeglicher konkrete Hinweis auf die Oder-Neiße-Linie aber noch fehlte<sup>26</sup>. Ähnlich zu bewerten ist auch die Strategie Willy Brands, der vermutlich schon 1946 von der Unabänderlichkeit der Oder-Neiße-Linie überzeugt war („Die Wunden der Zwangsaussiedlung werden wohl auch geheilt werden können. [...] Was nach außen verloren ging, soll nach innen gewonnen werden“); dennoch vermied er es noch bis Mitte der 1960er Jahre tunlichst, diese Einsicht auch konkret zu thematisieren, sondern rettete sich in der Grenzfrage in „schwammige bzw. interpretatorisch dehnbare Formulierungen“<sup>27</sup>. Vor dem Eintritt in die Große Koalition war es dem SPD-Vorsitzenden (seit 1964) zudem

<sup>20</sup> DOD, Nr. 4/5, 1965, S. 3. Zu der hinter Wehners Bemühungen steckenden Strategie eines „deutschlandpolitischen Burgfriedens“ vgl. Leugers-Scherzberg, *Die Wandlungen*, S. 301.

<sup>21</sup> So Stickler mit Bezug auf einen parteiinternen Vermerk von Ende 1961. Stickler, *Ostdeutsch*, S. 242.

<sup>22</sup> Frömel, *Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands*, S. 19.

<sup>23</sup> Die sozialdemokratische Grußbotschaft an das Schlesiertreffen vom 7.–9. Juni 1963 war auch in der Festschrift unter dem Motto „Bekanntnis zu Schlesien“ abgedruckt. Vgl. Hupka, *Unruhiges Gewissen*, S. 87.

<sup>24</sup> Die Sudetenfrage in der deutschen Politik, Sudetendeutscher Rat, München 1965, S. 7f.

<sup>25</sup> Stickler, *Ostdeutsch*, S. 244.

<sup>26</sup> Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV, Bd. 9, S. 572 ff. Zu Bahrs deutschlandpolitischen Konzepten vgl. Vogtmeier, Egon Bahr, zur Tutzinger Rede v. a. S. 59 ff.

<sup>27</sup> Stickler, *Ostdeutsch*, S. 245.

ein Leichtes, unter Verweis auf die Zaghaftheit der Bundesregierung etwa gegenüber Erklärungen de Gaulles zur Oder-Neiße-Grenze den Eindruck zu erwecken, als sei „die Wahrnehmung deutscher Interessen“ eher von der SPD zu erwarten, wohingegen die Bundesregierung „zu den Heimatvertriebenen mit einer anderen Zunge“ spreche „als zu unseren Verbündeten“<sup>28</sup>.

Auch wenn Brandt mit derartigen Formulierungen nur die Doppelbödigkeit der eigenen Ostpolitik geschickt zu kaschieren vermochte – ganz falsch war der Vorwurf an die Regierungsparteien damit nicht. Ähnlich wie Brandt war Adenauer schon lange davon überzeugt, daß die Ostgebiete nie wieder zu Deutschland gehören würden: „Man kann nicht alles wieder zurückdrehen, das halte ich für ausgeschlossen. Die Russen haben die Polen nach Westen gebracht, die Deutschen weiter nach Westen“<sup>29</sup>. Trotz dieser 1957 im kleinen Kreis der Teegespräche geäußerten Einsicht, die nicht zuletzt von einer realistischen Einschätzung der westalliierten Position ausging, vermied es Kanzler Adenauer bis ans Ende seiner Amtszeit, von der Forderung nach Grenzrevision abzurücken. Bei seinen vertriebenenpolitischen Reden hatte Adenauer aber nicht nur das Wählerpotential der Landsmannschaften im Blick, er wußte als Jurist auch um die Bedeutung von Rechtspositionen, die er sich jedenfalls sträubte, ohne Not und Gegenleistung preiszugeben. Ein Mitarbeiter seines Bundespresseamtes brachte es im April 1963 einmal auf den Punkt: „Bekanntlich ist das einzige Instrument der Propaganda, das wir besitzen, um Unruhe in die an Deutschland angrenzenden Ostblockländer hereinzutragen, die Aufrechterhaltung des Anspruchs der Rückgliederung dieser Gebiete an Deutschland. Es wäre unklug, bei der ständigen offensiven propagandistischen Haltung des Ostblocks von unserer Seite auf das einzige Offensivmittel, das wir besitzen, zu verzichten“<sup>30</sup>.

Andererseits sorgte Adenauer dafür, daß der BHE und die außenpolitisch nicht immer pflegeleichten Vertriebenenverbände der Bundesregierung nicht über den Kopf wuchsen<sup>31</sup>. So unterstützte er etwa die Bemühungen des Vorsitzenden des Bundesvertriebenenausschusses, Walter von Keudell, um ein CDU-Bundestagsmandat weder 1957 noch 1961 hinreichend<sup>32</sup>. Die von der Ostpreußischen Landsmannschaft auf ihrem Bundestreffen im Juli 1960 und dann abermals bei einem Gespräch der Verbandsführung mit Adenauer vorgetragene Bitte, die Bundesregierung möge die Patenschaft über die Landsmannschaft Ostpreußen „als dem äußersten Vorposten der deutschen Ostgebiete“ übernehmen, schob der Kanzler ziemlich schroff beiseite. Einmal wies er auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen hin, da ein derartiges Signal mitten in der Bedrängnis der Zweiten Berlin-Krise einigermaßen abenteuerlich gewesen wäre<sup>33</sup>; ein anderes Mal nahm er zu dem gesichtswahrenden Argument Zuflucht, durch eine Bundes-Patenschaft für die Ostpreußen müßten sich die anderen Landsmannschaften zurückgesetzt füh-

<sup>28</sup> So Brandt bei einer Rede zum Tag der Deutschen in Berlin 1965. Zit. nach Stickler, Ostdeutsch, S. 247.

<sup>29</sup> Konrad Adenauer: Teegespräche, Bd. 2, S. 201 f.; über eine ähnliche interne Äußerung Adenauers gegenüber einem US-Senator Ende 1961 berichtet Schwarz, Adenauer, S. 687. Vertiefend zu dem Thema: Frohn, Adenauer und die deutschen Ostgebiete, sowie Mensing, Konrad Adenauer im Briefwechsel mit Flüchtlingen.

<sup>30</sup> BAK B 145/2858: III/2, Vermerk, Bonn, den 17. April 1963.

<sup>31</sup> Vgl. dazu auch die – von persönlichen Kränkungen geprägte – Polemik des verhinderten Vertriebenenministers und späteren NPD-Politikers Linus Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen.

<sup>32</sup> Stickler, Ostdeutsch, S. 221.

<sup>33</sup> Ebd., S. 223.

len<sup>34</sup>. Peinlich für Adenauer war es nur, daß die von ihm vorgeschlagene Ersatzlösung einer Patenschaft durch das größte Bundesland Nordrhein-Westfalen scheiterte. Denn der von ihm darum gebetene Parteifreund und Ministerpräsident Franz Meyers bekam seinerseits kalte Füße. Meyers und sein zuständiger Sozialminister Konrad Grundmann befürchteten, „daß sie und das Land Nordrhein-Westfalen kein richtiges Verhältnis zu den ostpreußischen Menschen finden könnten“; schon aufgrund seiner konfessionellen Zusammensetzung sei es für das überwiegend katholische Bundesland undenkbar, neben der bestehenden Patenschaft für die Siebenbürger Sachsen eine weitere für die ebenfalls vorwiegend protestantische Volksgruppe der Ostpreußen zu übernehmen<sup>35</sup>.

Für unerfüllte vertriebenenpolitische Wünsche oder Schwächen der CDU-Ostpolitik wurde Adenauer jedoch erstaunlich selten persönlich verantwortlich gemacht<sup>36</sup>; vielmehr erhielt der Altkanzler 1964 sogar die Ehrenplakette des BdV überreicht<sup>37</sup>. Offensichtlich gelang es ihm als Vaterfigur mit antikommunistischem Charisma sogar den Sachverhalt zu überdecken, daß die CDU zumal in den katholischen Hochburgen genuin eine Partei der Einheimischen bildete, in der die vertriebene Bevölkerungsgruppe massiv unterrepräsentiert war<sup>38</sup> – und für die CSU galt das eher noch mehr. Zwar war die CDU die einzige Partei, in der es sogar einen eigenen „Landesverband Oder-Neiße“ gab, von dem allerdings sagten auch solche, die es gut mit ihm meinten, Mitte der 1960er Jahre, er könne nur „mit mehr Frische und innerem Engagement“ und einer anderen Zusammensetzung seiner Führung an Profil gewinnen<sup>39</sup>.

Wenn es in der ersten Hälfte der 1960er Jahre zumindest zeitweilig schien, als werde die Union vertriebenenpolitisch von der SPD rechts überholt, wie Franz Josef Strauß befürchtete, so hatte dies neben den strukturellen auch aktuelle Gründe. Zum einen hing es damit zusammen, daß Adenauers Nachfolger im Kanzleramt, Ludwig Erhard, in seinem entspannungspolitischen Bemühen um eine vorsichtige Verbesserung der Beziehungen zu den ostmitteleuropäischen Staaten und um den Austausch von Handelsmissionen<sup>40</sup> im tschechoslowakischen Fall weitreichende Konzessionen zu machen schien. Nachdem SL-Sprecher Seeborn anläßlich des Sudetendeutschen Tages im Mai 1964 Kritik an der ostpolitischen Linie der Bundesregierung geübt und das Münchner Abkommen verteidigt hatte, weil es dem Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen Rechnung getragen habe, bezeichnete Erhard die Äußerungen seines Ministers in einem vom US-Fernsehen während einer Kanzler-Reise nach Amerika ausgestrahlten Interview als „absolut unmöglich“<sup>41</sup>. Das Münchner Abkommen von 1938 sei von Hitler zerrissen worden, so sagte

<sup>34</sup> BAK B 137/1273: Bundeskanzler Adenauer, 10. Mai 1961, an Alfred Gille (den Sprecher der Ostpreußischen Landsmannschaft).

<sup>35</sup> BAK B 137/1273: Vermerk I 7 – 37012-13068/59, vom 24. Juli 1961.

<sup>36</sup> So auch die Beobachtung Sticklers in bezug auf von Keudell und den Sprecher der Baltendeutschen Manteuffel-Szoegge. Stickler, Ostdeutsch, S. 227.

<sup>37</sup> Frankfurter Rundschau, 16. Dezember 1964.

<sup>38</sup> Vgl. hierzu auch Bosch, Die politische Integration.

<sup>39</sup> So die Antwort des DOD auf Kritik des Informationsdienstes für den CDU-Landesverband Oder-Neiße im März 1964 an den, die CDU „draußen vor der Tür“ zurücklassenden Vorstandswahlen beim BdV. DOD, Nr. 16, 1964, S. 5. 1968 fusionierte der „Landesverband Oder-Neiße“ schließlich mit der Exil-CDU zur „Union der Vertriebenen und Flüchtlinge“. DOD, Nr. 38, 1968, S. 7, sowie Nr. 47/48, 1968, S. 13.

<sup>40</sup> Vgl. Lindemann, Anfänge einer neuen Ostpolitik?

<sup>41</sup> Frankfurter Rundschau, 9. Juni 1964. Vgl. auch Neue Zürcher Zeitung, 20. Mai 1964, sowie Ahonen, After the expulsion, S. 173 f.



Erhard, ohne zugleich Vorbehalte hinsichtlich des – davon prinzipiell unabhängigen – Heimat- und Selbstbestimmungsrechtes der Sudetendeutschen zu machen und darauf zu verweisen, daß auch Seehoß ausdrücklich keine territorialen Forderungen erhoben hatte. Aber Erhard war wohl nicht der einzige, dem es entgangen sein mußte, daß ausgerechnet Seehoß kurze Zeit vorher (im Mai 1963) bei einem Bundestreffen der Sudetendeutschen „eine klare Entschuldigung und Bitte um Vergebung für zahlreiche deutsche Untaten, soweit auch Sudetendeutsche an ihnen beteiligt waren“<sup>42</sup>, ausgesprochen hatte. Mit seinen Äußerungen erntete der Kanzler bei der SL und auch beim sozialdemokratisch-sudetendeutschen BdV-Präsidenten Jaksch massive Kritik<sup>43</sup>; zumal er auf die Frage des Interviewers, weshalb er Minister Seehoß nicht entlasse, seine anscheinend rein taktischen Gründe hierfür unklug offenlegte und sagte, daß es eben „zehn Millionen Flüchtlinge und Vertriebene in der Bundesrepublik gibt“<sup>44</sup>. Wie man sich geschickter aus der Affäre zog, zeigte Herbert Wehner, der sich auf juristische Debatten über das Münchner Abkommen erst gar nicht einließ, aber für eine Rückkehr der Sudetendeutschen plädierte: „Es geht um Menschen“<sup>45</sup>.

Das Eis in den Beziehungen zwischen BdV, Landsmannschaften und Bundesregierung war mithin recht dünn geworden. Dies erhellt auch aus den regierungsinternen Debatten um das Jahr der Menschenrechte 1965. Besonders ein von den Vertriebenen in diesem Rahmen geplantes Treffen von 100 000 Jugendlichen am 8. Mai, also am 20. Jahrestag der deutschen Kapitulation, im Berliner Olympiastadion, ließ im Auswärtigen Amt die Alarmglocken schrillen. Im Kabinett schloß sich auch der Kanzler den Bedenken an, daß gerade diese Veranstaltung, noch dazu in einem Wahljahr, „politisch bedenklich ins Ausland ausstrahlen“ könnte. Die Minister für Gesamtdeutsche Fragen bzw. Vertriebene und Flüchtlinge, Mende und Lemmer (CDU), wurden beauftragt, dem BdV diese Idee möglichst geräuschlos wieder auszureden. Jaksch und Rehs hielten bei der folgenden Besprechung zwar mit dem Argument dagegen, auch das Auswärtige Amt habe schließlich die Aufgabe, den gesamtdeutschen Gedanken zu verbreiten; das Jahr der Menschenrechte, so Rehs, müsse ins Ausland ausstrahlen: „Wie wollen wir sonst den Westen gewinnen?“. Doch da Lemmers Mahnung, das Jahr der Menschenrechte dürfe auf keinen Fall „zu einem Revanchistenjahr werden“<sup>46</sup>, auch finanziell bewehrt war – es ging um einen Bundeszuschuß in Höhe von 500 000 DM in der am folgenden Tag stattfindenden Kabinettsitzung –, holte der notorisch geldbedürftige BdV die Fahne ein und beschränkte sich auf eine Bundesversammlung in der Frankfurter Paulskirche, ein Jugendtreffen in München und eine Reihe weiterer, außenpolitisch weniger verhänglicher Termine<sup>47</sup>. In einer Dienstbesprechung

<sup>42</sup> Czaja, *Unterwegs*, S. 554.

<sup>43</sup> Archiv der Gegenwart 34 (1964), S. 11264 ff.; Ahonen, *After the expulsion*, S. 174; Osterheld, *Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard*, S. 84 f., 89; daneben die Dokumentation einer Pressekonferenz von Erhard in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik IV*, 10, 2. Hbd., S. 677, sowie ein Interview mit Jaksch in der *Rheinischen Post*, 20. Juni 1964.

<sup>44</sup> *Frankfurter Rundschau*, 9. Juni 1964.

<sup>45</sup> *Vorwärts*, 10. Juni 1964.

<sup>46</sup> BAK B 106/27510: Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, 25. Januar 1965, betr.: Besprechung mit führenden Vertretern des Bundes der Vertriebenen am 15. Dezember 1964 (Niederschrift).

<sup>47</sup> Zum Kabinettsbeschluß über die 500 000 DM: BAK B 106/27510: Staatssekretär Nahm, 6. Januar 1965, an das Referat I B; zum Veranstaltungsplan BAK B 106/27510: Bundesminister der Finanzen, 21. Januar 1965, an den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses.

von Staatssekretären und hochrangigen Beamten des BMG und des BMVt wurde nochmals die Richtlinie verdeutlicht, daß die Bewilligung der Zuschüsse durch die Bundesregierung nur unter der Voraussetzung erfolge, daß „bei Druckerzeugnissen die Manuskripte, die Texte der Flugblätter und Plakate vorliegen und auf ihre politische Unbedenklichkeit hin geprüft werden“ könnten<sup>48</sup>.

Neben diesen frühen entspannungspolitischen Rücksichten, die es in anderer Form freilich auch schon 1955 oder 1960 gegeben hatte<sup>49</sup>, ist zu sehen, daß CDU und CSU sich in der finanzpolitischen Gesamtverantwortung als Regierungspartei sichtlich schwerer damit taten als die bis 1966 oppositionelle SPD, kostenverursachenden Wünschen der Vertriebenen im sozialen wie im kulturellen Bereich immer ganz gerecht zu werden. Auch die Pflege ihrer Kontakte zu den Vertriebenenverbänden betrieb zumindest die CDU „um vieles lascher“<sup>50</sup> und offensichtlich vor allem als Reaktion auf die vermehrten Bemühungen der SPD-Spitze, die sich immer wieder mit dem BdV-Vorstand und einzelnen Landsmannschaften traf. Nur die CSU ließ im bayerischen Bereich seit Anfang der 1960er Jahre „keinen Zweifel mehr an ihrer Kontaktfreudigkeit mit den Vertriebenen aufkommen“<sup>51</sup>. An der grundsätzlichen Entschlossenheit auch der größeren Unionsschwester, die Millionen Vertriebenen nicht vor den Kopf zu stoßen, bestand aber alles in allem ebenfalls kein Zweifel. Dies zeigte etwa die Wahl des BdV-Präsidenten Krüger in den CDU-Parteivorstand 1961 und der Übertritt des niedersächsischen Ministers Schellhaus von der GDP in die CDU im Mai 1964, so daß die CDU nach einer nur kurzen Vakanz durch den Rücktritt Krügers vom BdV-Vorsitz abermals im engeren Präsidiumskreis des Bundes der Vertriebenen vertreten war. Beunruhigt durch die Aktivitäten der SPD erfuhr auch der CDU-Landesverband Oder-Neiße mit der Wahl des sudetendeutschen Bundestagsabgeordneten Josef Stingl zum Vorsitzenden (als Nachfolger von Oberländer) eine notwendige Blutauffrischung. Da es der Union insgesamt gelang, ihre vertriebenenpolitische Position bis 1965 sichtlich zu verbessern, setzte vor den Bundestagswahlen dieses Jahres bei allen Parteien geradezu „ein Schaulaufen um die Gunst des BdV ein“<sup>52</sup>.

<sup>48</sup> BAK B 106/27510: Vermerk, 19. Januar 1965, S. 1.

<sup>49</sup> So verlegten die Vertriebenenverbände einen zum Zehnjahresgedenken an Flucht und Vertreibung 1955 geplanten „Tag der Deutschen“ in Berlin, gegen den Adenauer angesichts seiner bevorstehenden Moskau-Reise schwerste Bedenken angemeldet hatte, auf einen Termin nach der Rückkehr der Kanzlers. Ein fünf Jahre später geplanter „Tag der Deutschen“ im Herbst 1960 wurde am goldenen Zügel des BMG schließlich in einen außenpolitisch weniger verfänglichen „Tag der Heimat“ überführt. Stickler, Ostdeutsch, S. 153, 163.

<sup>50</sup> Und dies selbst nach Auffassung von ihr keineswegs Fernstehenden. Vgl. Christ und Welt, 14. September 1962.

<sup>51</sup> DOD, Nr. 16, 1964, S. 5.

<sup>52</sup> Stickler, Ostdeutsch, S. 229.